



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hermann, Karl: Innere Politik in Österreich und Bündnis

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

werden die von uns an die Vereinigung des Baltikums zu einem großen Staatswesen geknüpften Hoffnungen um so eher in Erfüllung gehen, je gefestigter dieser Staat innerlich ausgebaut und je größere Vorteile er allen seinen Bewohnern zu bieten vermag, Vorteile, für die es sich lohnte im äußersten Falle auch das Schwert zu ziehen, sei es gegen die Moskowiter, sei es gegen die Polen oder eine von England vorgeschobene Macht. Ob der Weg, der der Regierung gegenwärtig durch jene Skurländer gezeigt wird, die dem Könige von Preußen den kurischen Herzogshut anboten, der richtige ist, läßt sich solange nicht übersehen, wie das Schicksal Litauens unbekannt bleibt. Einen Staat lediglich nach den Wünschen einer Nationalität bilden zu wollen, wodurch alle andern von vornherein in den Gegensatz zu diesem Staate getrieben würden, wäre entschieden zu verwerfen. Dänaland sollte innerlich so eingerichtet sein, daß alle seine Bewohner gleichen Anteil an seinem wirtschaftlichen Aufschwung nehmen können. Im übrigen sollte es so in das ost- und nordeuropäische Wirtschaftssystem eingebaut werden, daß es, des neuen Rußland Welthandel zusammen mit dem deutschen fördernd, dies niemals reizte, sich seiner zu bemächtigen. Dem Grafen v. Keyserlingk als Reichskommissar wird aus diesen Zusammenhängen heraus eine hochbedeutsame und schöne Aufgabe, wie sie wenigen Staatsmännern in der Geschichte gestellt worden ist. Möge er eine glückliche Hand haben! Von seiner Arbeit am Bau hängt das Schicksal von Millionen unserer Kinder mit ab.



Innere Politik in Österreich und Bündnis

Von Karl Hermann



Die letzten vier Wochen waren eine besonders gute Schule für das Verständnis des Bündnisses zwischen den Mittelmächten und für die verborgenen und sehr wichtigen Beziehungen, die zwischen ihm und der inneren österreichischen Politik bestehen. An der Oberfläche sah man wieder einmal eine Parlamentskrise, als die unmittelbar sichtbaren Ursachen dafür zeigten sich die enttäuschten großpolnischen Hoffnungen, die polnische „Nationaltrauer“ sowie die von der Gefühlspolitik der Massen flug gestützte, viel erprobte Kuhhandelroutine des Polenklubs. Ganz zu unterst aber, und dem flüchtigen Blick verborgen, ruht das dauernde, ungelöste und wohl unlösbare österreichische Verfassungsproblem, von dem viele behaupten, daß man es als ein Verwaltungsproblem ansehen müsse, wenn man ihm überhaupt irgendwie beikommen wolle. Denn die polnischen Drohungen wären natürlich nicht imstande gewesen, selbst nicht mit Hilfe der maximalistisch-doktrinären Sozialdemokratie, den Kriegshaushalt des Staates und seine gesetzmäßige Bewilligung in Frage zu stellen, wenn nicht die Regierungsmehrheit in diesem Parlament (und in diesem Falle ist es wirklich ein Spiegelbild der Bevölkerung), immer in einem labilen, auf äußerst gewagten Kompromissen ruhenden Gleichgewicht sich befände. Daß dieser Gleichgewichtszustand trotzdem

nicht aufhört, ist nur aus demselben Umstand zu erklären, aus dem letzten Endes Oesterreich selbst am besten erklärt wird: man weiß nicht, was nachkommen soll. Im Grunde genommen sind ja nicht nur die Tschechen und Südslawen, diese zweiten übrigens mit Maß und Vorbedacht, dauernd in der Opposition, machen nicht nur die Polen den Bestand des Staates von der Erfüllung ihrer Wünsche abhängig: im Grunde ist auch der k. k. Sozialdemokratie, wie sich diesmal zeigte, die Parteidoctrin wichtiger als der Staat. Im Grunde genommen, bleiben eigentlich nur als die ewigen „Wurzen“, wie der Wiener bekanntlich die freundlichen Stützen einer Schmarogergesellschaft nennt, die deutschbürgerlichen Parteien übrig. Sie, die am wenigsten vom Parlament haben, opfern am meisten und ausdauerndsten für die verfassungsmäßige Erledigung des Kriegshaushaltes, und zwar nicht aus Schwäche, die selbstverständlich einzelnen ihrer Vertreter mit Recht nachgesagt werden, aber doch unmöglich die dauernde Grundlage für die Politik eines ganzen großen Parteiverbandes bilden kann, sondern eben aus tieferen Gründen, aus einem Zwiespalt heraus, der nicht in ihnen, sondern in ihrer Lage begründet ist.

So ergibt sich denn das merkwürdige Bild, daß alle, die die „Verfassung“ brauchen, mit aller Kraft gegen sie ankämpfen, in der sicheren „Voraussicht“, daß sie ja doch wieder auf Kosten des Gesamtstaates oder wenigstens der Deutschen von ihnen gerettet wird, indes gerade das Häuflein, aus dessen Vermögen hauptsächlich der Kaufpreis für die Rettung der Verfassung im letzten Augenblick bezahlt wird, sein Möglichstes dazu tut, um diesen Handel zu ermöglichen. So war es auch diesmal. Erst wird ein weiteres Stück vom Ansehen des Staates und von Volksbedürfnissen geopfert, um die Stimmen der Sozialdemokraten zu erkaufen: man enthält sich des Einmarsches in die Ukraine. Dann, als sich dieses Opfer als ungenügend und auch nicht durchführbar erweist, gibt man einen Teil der Vereinbarung mit den Ukrainern preis und beginnt aufs neue mit der „austro-polnischen Lösung“ zu liebäugeln, um die Polen zur Stimmhaltung zu bringen. Durch eine polnische Audienz beim Kaiser, der immer wieder von der unfähigen Regierung Seidler vorgeschoben wird, so daß die Krone allmählich eine sehr gefährliche Belastung mit schwer einlösbaren Wechseln zu tragen hat, wird das Budget gerettet. Auf die Kraftprobe: ob die Oppositionsparteien wohl die Verantwortung übernehmen würden, daß das Parlament gesprengt und wieder absolut regiert wird, läßt man es auch diesmal nicht ankommen. Letzten Endes hätten natürlich gerade die wütendsten Oppositionsparteien wenig Vorteil davon, wenn sie einen solchen Zustand herbeiführten. Aber sie wissen ja, daß es nicht so gefährlich wird, und daß es wieder nur auf einen Handel hinausläuft.

Jeder solche Handel mit den Slawen und auch mit den Sozialdemokraten geht aber nicht bloß auf Kosten des Staatsgefüges und des innerpolitischen Besitztumes der Deutschen. Vielmehr zeigt sich bei jeder solchen Gelegenheit ganz deutlich, was die Gegner treffen wollen, wenn sie auf diesen innerpolitischen Besitz der Deutschen zielen. Sie sind natürlich nicht so naiv zu glauben, daß das Bündnis die Deutsch-Oesterreicher stütze, wenn sie auch so tun; sie wissen jedoch ganz genau, wie sehr die Deutsch-Oesterreicher das Bündnis stützen, und das ist's, worauf es ihnen ankommt. Die Oppositionellen alle wissen dadurch ihren Kampf immer wieder nach zwei Seiten plausibel zu machen (sowohl gegenüber ihren Wählern nach unten hin wie gegenüber der Krone nach oben hin), daß sie in einer Geheimsprache, die längst im Inlande und im feindlichen Auslande, nur in weiten Kreisen Deutschlands noch nicht verstanden wird, versichern: wir kämpfen nicht gegen Oesterreich schlecht hin, sondern nur gegen ein mit Deutschland verbündetes. Neuerdings wird es ja ganz unumwunden gesagt. Damit ist aber auch die eigentümliche Stellung der Deutsch-Oesterreicher gegeben. Obwohl dieser gegenwärtige Staat, dieses mit Deutschland verbündete Oesterreich seine außenpolitische Lage und seine innerpolitischen Grundformen (die Kronlandsseinteilung und eine Zentralverwaltung, die allerdings mehr und mehr Fassade wird), nur dadurch erhalten kann, daß es

ununterbrochen aus dem völkischen Besitzstand der Deutschen, aus ihren Steuergeldern und ihren Kulturleistungen, den Irredentisten Trinkgelber gibt — müssen doch eben diese ausgeplünderten Deutschen solange für diesen Zustand eintreten, als sie nicht die Forderung des Bündnisses befördern wollen. So vielfache Unzufriedenheit sie in die Opposition drängt, sie können unmöglich den Kriegshaushalt einem Staat verweigern, dessen Heer an der Seite des deutschen kämpft. Und sie werden solange weiter aus ihrem Besitz die österreichischen Kosten des Bündnisses bezahlen, als nicht eine andere außenpolitische und Weltlage ihnen bessere innerpolitische Möglichkeiten bieten wird. Nur von da aus versteht man die innere österreichische Politik richtig: sie wird von allen Beteiligten mit einem Schielen nach außen hin gemacht, das nur für die Deutschen ein ehrliches Schauen sein darf, weil sie nichts anderes wollen, als was offiziell gewollt werden soll: ein festes, vertrauensvolles Bündnis. Die Slawen unterwühlen es nach Kräften, die Sozialdemokraten, die immer mehr von wenig hodenständigen Elementen geführt werden, leisten ihnen aus Haß gegen das „militärische“ Preußen und aus Entente freundschaft Beistand — und die Krone? Sie hüllt sich bei den wüsten Hezen gegen Deutschland in Schweigen, sie läßt es geschehen, daß Deutschland für die Vereinbarungen über Cholm verantwortlich gemacht wird, obgleich Czernin allein und völlig frei mit den Ukrainern verhandelte, sie hat den bündnisfeindlichen Hofrat Sammasch und den pazifistischen Kaffeeshändler Meinl, der eine deutschlandfeindliche Wochenschrift „Der Frieden“ seit kurzem finanziert, sehr nahe an sich herankommen lassen.

Den Reichsdeutschen aber, die immer ungeduldiger eine „Lösung“ des österreichischen Problems verlangen und mit Vorliebe die Deutsch-Österreicher für deren Ausbleiben verantwortlich machen, sei mit aller Entschiedenheit gesagt: das österreichische Problem kann sich nicht selber lösen.



Deutsche Flurbereinigung

Geschichtliche Erinnerungen — politische Mahnungen

Von Dr. Paul Wentzke

3. Preußen und das Reich.



Die thüringische und die elsass-lothringische Frage sind nur Musterbeispiele der vielfältigen Probleme, in denen im Innern des deutschen Bundesstaats wirtschaftliche Not aus der Enge territorialstaatlicher Gebundenheit herausdrängt. Überall, wo unselbständige Kleinstaaten mit größeren Machtgebieten zusammenstoßen, häufen sich die Schwierigkeiten, den Aufwand von Rechtspflege und Verwaltung in sachgemäßen Einklang mit den verfügbaren Mitteln zu bringen. Die kleinsten Bundesstaaten Norddeutschlands zwar, Waldeck und Lippe, haben ihr Dasein durch rückhaltlosen Anschluß an Preußen gesichert. Selbst in Anhalt, wo die Frankfurter Reichsgewalt im Herbst 1848 wie in Thüringen über eine „Immediatisierung“ verhandeln konnte, haben sich Dynastie und Bevölkerung völlig in dies Abhängigkeitsverhältnis eingewöhnt. Gutpreußische Überlieferung weiß die *societas leonina* ja aufs köstlichste mit allen Ehren und Würden einer prunkenden Scheinsouveränität zu verbrämen.